

verständlich stellt der Staat nun die individuellen Freiheitsansprüche der Bürger*innen zurück. Im Namen des Gemeinwohls fordert er Verzicht, Selbstdisziplin, Solidarität, Einsicht und Mündigkeit ein. Die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich wird plötzlich durchlässig, und es wird voll anerkannt, dass das Private und Privatisierte – etwa das persönliche Reise- oder Partyverhalten – in hohem Maße öffentlichkeitsrelevant und daher unbedingt politisch und zu regulieren ist. Ganze Berufsgruppen, die bisher wenig geachtet und schlecht bezahlt wurden, werden plötzlich als *systemrelevant* erkannt und als *Held*innen des Alltags* gefeiert. Nicht nur im Pflegesektor sondern auch in der Landwirtschaft wird plötzlich die Abhängigkeit von ausländischen Billigkräften thematisiert. Sogar die globalisierte Arbeitsteilung, die endlosen Zuliefer- und Transportketten sowie der internationale Massentourismus stehen zur Diskussion. Und verantwortliche Regierungen tun im Zeichen des Virus genau das, was sie Umweltaktivist*innen wie Greta Thunberg und Fridays for Future sonst gern als Panikmache und Hysterie vorwerfen: Sie malen Horrorszenarien an die Wand, um die Bürger*innen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, die anders kaum zu erreichen sind. Was im Klimanotstand eben noch unangemessen und unmöglich erschien, ist im Corona-Notstand offenbar plötzlich legitim und notwendig. Klarer denn je wird damit: Bei der zögerlichen Umwelt- und Klimapolitik ging es entgegen aller anderslautenden Bekenntnisse all die Jahre nie wirklich um *nicht können*, sondern ganz wesentlich auch um *nicht wollen*, also um gegenläufige Präferenzen und Prioritäten. Ist diese Erkenntnis nicht ein Trumpf in der Hand der Klimabewegung?

Hoffnungserzählungen

Diese Repolitisierung könnte tatsächlich transformativ wirken, und entsprechend haben jetzt wieder überall Hoffnungsnarrative Konjunktur. Sie setzen unmittelbar da an, wo das Feuilleton und aktivistische Nachhaltigkeitforscher*innen aufgehört hatten, als sie die Erfolge – die erreichten und die erwarteten – von Greta Thunberg und Fridays for Future feierten. Viele wollen jetzt positiv sein, Mut machen, sich konstruktiv zeigen, praktikable Lösungen anbieten, Forschungsgelder akquirieren, Unterstützung mobilisieren – und vor allem auf gar keinen Fall pessimistisch erscheinen. All das ist in Situationen der akuten Krise in

der Tat essentiell, führt aber auch leicht dazu, dass der klare Blick auf die empirischen Realitäten verloren geht: »Wir sehen, wie die Welt zusammenkommen kann, um gemeinsam gegen eine globale Bedrohung vorzugehen und um die Verletzlichen unter uns zu schützen«, heißt es etwa in einer Stellungnahme von Greenpeace. »Harnessing a new sense of solidarity, citizens of states and cities will rise to face the enormous challenges ahead such as climate change and transforming our era of historic inequality into one of economic inclusion«, schreibt ein Professor für Politikwissenschaft von der Harvard University.

Ganz in diesem Sinne wird nun mehr Wertschätzung für die jetzt als *systemrelevant* eingestuften Berufe in Aussicht gestellt, ebenso wie für die meist von Frauen und oft unbezahlt geleistete Fürsorge- und Pflegearbeit. Die Dominanz des individual-wettbewerblichen, post-gesellschaftlichen Denkens sei an ihr Ende gekommen. Von der Rückkehr der Gesellschaft jenseits von Differenzierung, Fragmentierung und Singularisierung ist die Rede. Die Rekonfiguration beschleunigter und sozial-ökologisch auszehrender Lebensweisen wird vorhergesehen. Eine Abwendung vom Massenkonsum und die Rückbesinnung auf das Einfache und Wesentliche, auf *verschüttete Werte*, seien nun denkbar. Der Abschied von der Marktgesellschaft und die Überwindung von gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung seien möglich, und die Solidarität habe eine ganz neue Zukunft. Massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Versorgungssysteme und einen neuen *Vorsorgestaat* werden erwartet. Eine grundlegende Aufwertung der Politik gegenüber dem Markt, von wissenschaftlichen *facts* gegenüber populistischem *fake*, und des Öffentlichen gegenüber dem Privaten zeichne sich ab. Als *heilsamer Schock* werde die Pandemie wirken. Das Vertrauen in politische Institutionen werde zurückkehren. Der Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit würden wieder gestärkt. Eine gewisse Deglobalisierung, Entdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung, mehr Eigenständigkeit der nationalen Wirtschaften sowie eine Regionalisierung der Produktion und Märkte seien wahrscheinlich; und vor allem ein Ende der neoliberalen Hybris, dass man aus der Gemeinschaft aussteigen, sich entsprechender Verantwortlichkeiten entledigen und sich so neue Freiräume für ein gutes Leben erschließen könne.

All das war in den unzähligen Titelgeschichten, Dossiers und Sonderbeilagen der verschiedenen Zeitungen und Magazine, in denen gerade in den ersten Wochen der Corona-Krise fast jede*r von Rang und

Namen Orientierung gab, überreichlich zu lesen. In der Summe klang das nach der umfassenden Abkehr von praktisch allem, was in diesem Buch als charakteristisch für die *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* beschrieben ist, nach einer radikalen Umkehrung des nachhaltigkeitspolitischen *Paradigmenwechsels*, der spätestens mit der Wahl von Donald Trump unübersehbar geworden ist. Eine alte Welt sei im Zeichen des Corona-Virus an ihr Ende gekommen, und eine neue werde sich nun entfalten.

Die Sehnsucht, dass all dies wahr werden möge, ist groß; die Bereitschaft, derartigen Prophezeiungen zu folgen, ebenfalls. Mit Blick auf die Nachhaltigkeitswende wäre all dies ein Geschenk. Die Gelegenheit für eine sozial-ökologische Transformation scheint gigantisch. Und zumindest einige dieser Hoffnungen sind sicher auch nicht gänzlich unbegründet. Aber Zweifel sind unbedingt angebracht. Warum sollte die Transformation gerade jetzt gelingen? Was ist mit Corona sichtbar geworden, das nicht auch vorher schon gründlich dokumentiert, erforscht und publiziert worden wäre? Was genau ist jetzt so grundlegend anders, dass es diese transformative Kraft entfalten könnte? Die zerstörerischen Folgen des Neoliberalismus waren doch längst bekannt. Ähnlich wie beim Klimawandel liegen umfassende und belastbare Daten seit langem vor, und die Analysen ihrer Implikationen sowie der absehbaren Entwicklungstrends ebenfalls. Zudem ist die Corona-Pandemie nach der Banken-, Finanz- und Eurokrise ab 2008, der Flüchtlingskrise ab 2015 und der Klimakrise, die zumindest in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 2019 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, innerhalb weniger Jahre bereits die vierte wesentliche Krise, die unsere Gesellschaften erschüttert. Jedes Mal war da von den katastrophalen Konsequenzen und dem Ende des Neoliberalismus die Rede, vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und vom notwendigen Übergang zur demokratischen Postwachstums-gesellschaft. Immer wurde das radikale Umdenken und der gesellschaftliche Wertewandel beschworen, und die präfigurative Politik der Pionier*innen des Wandels, die die sozial-ökologische Transformation bereits einleiten würden. Ungezählte Studien beleuchteten das neue *commoning*, die wiedergefundene Solidarität, das *capacity building* für die große Transformation und Experimente mit neuen Praktiken der Nachhaltigkeit – ganz zu schweigen von all den technologischen Innovationen, die diesen Kulturwandel erleichtern und beschleunigen soll-

ten. Aber nichts davon hat die Logik der Nicht-Nachhaltigkeit aus den Angeln gehoben. Warum also sollte das gerade jetzt gelingen?

Womöglich helfen die stetig erneuerten Hoffnungsnarrative vor allem darüber hinweg, dass es bisher weder angesichts der sozial-ökologischen Zerstörungskraft des neoliberalen Konsumkapitalismus noch angesichts des illiberalen und demokratiefeindlichen Rechtspopulismus gelungen ist, eine Vorstellung einer alternativen Gesellschaft zu entwerfen, die tatsächlich transformative Mobilisierungskraft entwickeln und eine Aussicht auf praktische Umsetzbarkeit eröffnen könnte. An dieser Aufgabe sind Occupy Wallstreet und seine europäischen Ableger gescheitert, obwohl sie 99 Prozent der Bevölkerung gegen nur ein Prozent auf ihrer Seite sahen. Das ist bei der Flüchtlingskrise nicht gelungen, die statt einer gerechteren und solidarischen Weltgesellschaft den Weg zu ebnen, die Konjunktur des ausgrenzenden Rechtspopulismus befeuerte. Und das hat auch die neue Klimabewegung nicht geschafft, die mit ihrer wissenschafts- und staatszentrierten Fixierung auf das 1,5-Grad-Ziel nur wenig *alternativgesellschaftliche* Vorstellungskraft entwickelt hat. Immer behielt die etablierte Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit die Oberhand. Immer blieb sie letztlich attraktiver. Auch hier war es bezüglich der großen Transformation wohl nicht einfach eine Frage des *Nicht-Könnens*, sondern – natürlich uneingestanden – zumindest auch eine des *Nicht-Wollens*. Und auf sonderbare Weise führten diese früheren Krisen sogar immer zur Stärkung der Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit: Die Finanz- und Eurokrise führte mit ihrer drakonischen Austeritätspolitik zu einem nachhaltigen Rückbau der Sozialsysteme und einer massiven gesellschaftlichen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Die Flüchtlingskrise schuf mit dem Rechtspopulismus einen mächtigen politischen Akteur, der seit her – gegebenenfalls aus der Opposition heraus – höchst effektiv alle Bemühungen um sozialen Ausgleich und Integration, um eine Klima- und Nachhaltigkeitswende und um internationale Solidarität verhindert. Und die neue Klimabewegung um Greta Thunberg hat, ohne dies beabsichtigt und vorhergesehen zu haben, erheblich zur Verhärtung der jeweiligen Positionen sowohl bei den dringenden Befürworter*innen als auch bei radikalen Gegner*innen einer effektiven Klimapolitik beigetragen, so dass sich nun ausgerechnet marktliberale Parteien wie die deutsche FDP als Schutzschild gegen die politischen Extreme und als Retter der liberalen Demokratie inszenieren.

Vor diesem Hintergrund sind die Hoffnungserzählungen, die nun wieder angeboten werden, wirklich mit großer Skepsis zu betrachten. Sie sind ein wohlbekanntes und vorhersagbares Phänomen. Sie mögen zunächst trösten und Mut machen, sind erfahrungsgemäß aber nicht lange haltbar und werden von der praktischen Politik kaum bestätigt. Aus psychologischer Hinsicht sind diese Narrative unverzichtbar. Aus aktivistisch-mobilisierungstaktischer Perspektive vielleicht auch. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive aber sind sie mitunter unverantwortlich, vor allem, wenn sie den klaren Blick auf die realgesellschaftlichen Verhältnisse und die Erfahrungen früherer Krisen vernebeln. Gerade im Moment, wo es unerwartet vielleicht noch einmal ein Gelegenheitsfenster für echte Veränderungen gibt, ist es entscheidend, sich nicht erneut zu trösten und beruhigen, um dann ein weiteres Mal alles beim Alten zu belassen. Das gilt umso mehr, als die radikale Denormalisierung im Notstand eben nicht nur für ökologisch-demokratische Bewegungen ein Gelegenheitsfenster bietet, sondern auch für die weitere Verfestigung der etablierten Nicht-Nachhaltigkeit.

Simulative Politik

Entscheidend an der Corona-Pandemie und das wirklich Neue am gegenwärtigen Notstand ist, dass sie exponieren, wie fest und notwendig die Freiheitsverständnisse, Selbstverwirklichungsformen und Lebensstile, die große Teile moderner Gesellschaften für sich in Anspruch nehmen und als unverhandelbar betrachten, nicht nur *zwischen*gesellschaftlich – das hatte schon die Flüchtlingskrise deutlich gemacht – sondern auch *inner*gesellschaftlich auf der Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion großer sozialer Gruppen beruhen. Wenn im Corona-Notstand nun von *systemrelevanten* Berufen und Dienstleister*innen die Rede ist, die weder angemessen bezahlt noch gesellschaftlich gewürdigt werden, und die in unsicheren Anstellungsverhältnissen und unter inakzeptablen Arbeitsbedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dann gerät leicht aus dem Blick, dass diese Verhältnisse nicht zufällig und gleichsam *aus Versehen* entstanden sind. Der prekarierte und flexibilisierte Niedriglohnsektor ist ebenso wie die Welt der *Ich-AGs* und jetzt bedrohten *Solo-Selbstständigen* vielmehr gezielt geschaffen worden, so wie auch der Abbau der wohlfahrtstaatlichen Sicherung systematisch betrieben worden ist. Damit sollten die Wettbewerbs-